

Brasiliens Episkopat vor wichtigen Entscheidungen?

Mit 233 Teilnehmern tagte in São Paulo vom 21. bis 30. Juli die 10. Vollversammlung der brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB). Aus sehr verschiedenen Gründen fand diese Konferenz zu Beginn ein starkes Echo in den Meldungen der Presse-Agenturen. Dazu trugen bei: die Charakteristika der Versammlung (die erste nationale Vollversammlung des Episkopates nach dem vitalen Impuls der CELAM-Konferenz in Medellín 1968 und nach der kritikgeladenen Stellungnahme der Zentralkommission der CNBB zur Situation in Brasilien im Januar 1969; auf der Tagesordnung standen keine direkten Organisations- und Wahlfragen), die unmittelbaren Begleitereignisse (das Gespräch der fünf brasilianischen Kardinäle mit dem Staatschef *Costa e Silva* am 16. Juli; die andauernden Verfolgungen und Inhaftierungen „progressiver“ Elemente der Kirche seitens des Militärregimes; das Gerücht einer römischen Zensur für Erzbischof *Helder Câmara*; die denunzierenden Berichte von Gruppen konservativer Katholiken an den Vatikan über die Tätigkeit der sogenannten „roten Bischöfe und Priester“; die Entsendung einer besonderen Delegation von Rom) und nicht zuletzt die Vermutungen über „heiße Dossiers“, die den Bischöfen zur Stellungnahme vorlägen.

Am Schluß der Versammlung: ein sonderliches Schweigen. Dazu die lakonische Abschlußbemerkung einer Privatquelle: „Wie versprochen, sollten Sie alle Beschlüßdokumente der Versammlung der CNBB sofort erhalten. Es ist jedoch das Unglaublichste passiert: kein einziges Dokument wurde verabschiedet. Noch nicht einmal ein Schlußkommuniqué wurde veröffentlicht. Es wurde lediglich versprochen, die Öffentlichkeit würde später ausführlich über Ablauf und Inhalt der Versammlung informiert.“

Gleichzeitig trafen sich in São Paulo ca. 100 Delegierte und Beobachter aus 15 Ländern zum Kongreß der Katholischen Presse-Union Lateinamerikas (UCLAP). In einer Resolution stellten sie fest, es gäbe „eine zunehmende Tendenz der lateinamerikanischen Regierungen, die öffentliche Meinung aus angeblichen

„Sicherheits“-Gründen zu kontrollieren“; die katholischen Journalisten fühlten sich in der verantwortlichen Ausübung ihres Berufes gehindert „durch Machtagenten und ‚pressure groups‘ gegen die Informationsfreiheit, selbst innerhalb der Kirche“. Die z. Z. äußerst scharfe Zensur der brasilianischen Presse bot ihnen dafür ein handgreifliches Beispiel. Trifft dieser Protest auch auf die CNBB-Vollversammlung zu?

Die Begleitereignisse

Schon wegen des wahren Kerns der debattierten Themen ist zunächst der sekundäre Charakter einiger Begleitereignisse zu betonen.

1. *Keine römische Zensur für Helder Câmara.* Drei Tage vor der Vollversammlung der CNBB hatte die Nachrichtenagentur „Notícias Aliadas“ die seit langem andauernden, von Rechtsradikalen hochgespielten Gerüchte über eine römische Zensur für den weltweit bekannten Erzbischof von Olinda und Recife in einer gekürzten Darstellung durchgegeben. Das Echo in der Presse kam sofort. Daraufhin fühlte sich der Substitut im Päpstlichen Staatssekretariat zu einer unzweideutigen Stellungnahme veranlaßt. Dies geschah in der Form eines klaren Dementis, dessen Bedeutung schwer abzuschätzen sein dürfte: Rom „dementiert kategorisch“, daß Dom Helder befohlen worden sei, „keine Ansprachen mehr zu halten, die nicht von Mal zu Mal vom Staatssekretariat gutgeheißen worden sind“. Zusätzlich wird „präzisiert“, Erzbischof Benelli habe Dom Helder lediglich „in vollkommen freundschaftlicher Weise“ gebeten, seine Tätigkeit außerhalb der Diözese dem jeweiligen Bischof aus Fairneß mitzuteilen. Diese „brüderliche Einladung“ (deren Wortlaut allerdings unveröffentlicht blieb) sei aus Loyalität gegenüber Erzbischof Helder Câmara geschehen. Wenn man die tatsächlich verleumderischen Berichte konservativer Kreise an den Vatikan und die Handlungsfreiheit, die besonders ihnen in Brasilien zur Zeit gestattet wird, beachtet, dann hatte vielleicht „Notícias Aliadas“ mit der „Veranlassung“ des Dementis wohl nicht schlecht gehandelt. Es betrifft ja im Grunde nicht allein Hel-

der Câmara. Seine Position ist sicherlich im Kontext der brasilianischen Bischöfe und des Klerus keine isolierte. Für die brasilianischen rechtsradikalen Katholiken (bes. für die „Bewegung für Tradition, Familie und Eigentum“) besteht hingegen seit über einem Jahr eine schriftliche Mahnung der Zentralkommission der CNBB, weiter hat es verschiedene zensierende Stellungnahmen von Bischöfen und Priestergruppen gegeben (vgl. „Sedoc“, Januar 1969, S. 991 ff.).

2. *Das Gespräch der Kardinäle mit dem Staatschef Costa e Silva* hatte inoffiziellen Charakter, d. h., es erfolgte nicht im Auftrag des Gesamt-episkopates. In diesem Falle wäre die Zentralkommission der CNBB oder die im vergangenen Jahr geplante Dialog-Kommission zuständig gewesen. Die fünf Kardinäle Brasiliens bilden als solche kein Spitzenorgan der CNBB. Die Begegnung der zwei neuen Kardinäle, im Gremium der drei bisherigen, mit der Regierung stellte als solche ein normales Ereignis dar. Damit sei die besondere Bedeutung dieses Treffens, kurz vor der Vollversammlung, nicht abgeschwächt. Es konnte einfach leichter zustande kommen, die Anlässe waren einleuchtender als im Falle eines Treffens mit der Zentralkommission oder einer Ad-hoc-Delegation, zumal man die Zwischenfälle bei der Übergabe der Note vom Januar noch nicht vergessen hat. Das Gespräch sei „freundlich“ verlaufen — hieß es im Schluß-Kommuniqué —, man habe Probleme, wie die immer noch ausstehende Agrarreform, die Revision der Ver-Beziehungen zwischen Kirche und fassung, Erziehungsfragen und die Staat erörtert. Wie diese Begegnung seitens des übrigen Episkopats eingeschätzt wurde, was sich die Regierung taktisch davon erwartete, wie sie sich in der Vollversammlung auswirkte, ist gegenwärtig, mangels Informationen, schwer zu beurteilen.

3. *Die Entsendung einer römischen Delegation* ließ in der Presse die Befürchtung aufkommen, auf der Versammlung könne eine Anklage, wenn nicht gar eine Verurteilung der „fortschrittlichen“ sozialen Tendenzen in Brasilien erfolgen. Diesbezüglich ist zunächst richtigzustellen, daß die Entsendung dieser Delegation nicht auf die denunzierenden Berichte nach Rom, sondern auf eine ausdrückliche Einladung seitens des Präsidenten der CNBB, Kardinal

A. Rossis, des Erzbischofs von São Paulo, zurückzuführen war. Die Vermutung, man habe in erster Linie damit die Konferenz überwachen wollen, trifft wohl nicht zu, weil der brasilianische Episkopat im Durchschnitt selbständiger handelt, als damit unterstellt wird; zweitens, weil die Einladung nicht für die Vollversammlung, sondern allein für die Studien- und Einkehrtage zu Beginn der Konferenz bestimmt war; drittens, aus der Zusammensetzung der Delegation als solcher: neben Kardinal P. Felici standen der Generaloberer der Franziskaner, K. Koser (der lange Jahre in Brasilien im Lehramt und in der Redaktion der aufgeschlossenen „Revista Eclesiástica Brasileira“ tätig war), und der Weihbischof von La Plata, E. Pironio, Generalsekretär vom CELAM. Beide letzteren sind in jeder Hinsicht als vorwiegend progressiv bekannt. Es ist auch kaum anzunehmen, daß Kardinal Felici, ein Mann, der die lateinamerikanische Situation und die dortigen Bischöfe nicht kennt, mit seinen — laut Meldungen — Warnungen gegen soziales Engagement sehr überzeugend gewirkt hat. Der Presse hat sich Felici, nach Durchlesen der schriftlich erbetenen Fragen, wie es hieß nicht stellen wollen.

Das „Dokument der Priester“

Zentrale Beachtung schenken die Bischöfe einem sogenannten „Dokument der Priester“, das als Hauptdossier auf der Tagesordnung stand. Es handelte sich nicht um eine Stellungnahme bestimmter, wenn auch zahlreicher Priestergruppen, wie sie anlässlich des CELAM-Treffens in Medellín und bei sonstigen Treffen der lateinamerikanischen Bischöfe als Form des Drucks von unten üblich geworden sind (solche Texte findet man dauernd in „Sedoc“ abgedruckt). Ähnliche „pressure groups“-Texte hatten wohl auch diesmal nicht gefehlt. Das erwähnte Dokument hatte jedoch einen anderen, viel offizioseren Charakter. Hierin liegt ja gerade seine Besonderheit, so daß man vielleicht den paradigmatischen Wert dieses Textes beachten sollte. Dieser ist aus seiner Entstehungsgeschichte zu erklären.

Anlässlich der Neunten Vollversammlung der CNBB (16.—20.7.68; vgl. „Sedoc“, September 1968) wurden von verschiedenen Priestergruppen vereinzelte Texte über das Priesteramt heute und über die Voraussetzungen einer sozial engagierten Pastoral verfaßt. Die Bischöfe versprachen damals eine ernste Beachtung dieser Forderungen. Im November 1968 hat das Sekretariat der CNBB „für den hierarchischen Dienst“ (Sekretär: Weihbischof Walfredo Tepe von Salvador/Bahia nach Heranziehung mehrerer Berater fünf Studienunterlagen in einem Heft allen Priestern des Landes zur weiteren Überlegung in die Hand gegeben. Diese „Documentos aos Presbíteros“ wurden tatsächlich gratis an alle Priester verteilt, und zwar offiziell seitens der CNBB. Der Inhalt dieser Anregungstexte verdient vor allem deshalb Beachtung, weil in ihm die Problematik der Priester, möglichst ohne Voreingenommenheit, in ihren verschiedensten Aspekten frei und offen zur Diskussion gestellt wird. Nichts hatte den Ton von Aprioribeschlüssen. Daher auch die klärende Wirkung dieser Texte. Gleichzeitig wurde eine breit aufgefächerte Bestandsaufnahme unter dem Klerus durchgeführt (vgl. die ersten Ergebnisse in „Revista Eclesiástica Brasileira“, Nr. 1, 1969). Durch den so ausgelösten Reflexionsprozeß entstand das „Dokument der Priester“, über das die Bischofskonferenz jetzt zu beraten hatte.

Sein Inhalt war keineswegs so ekklesiastisch introvertiert, wie aus einigen Pressemeldungen zu schließen war. Er kreist nicht allein um Zölibat und dergleichen. Im Gesamtkontext sind typisch klerikale Disziplinfragen sekundär. Es geht vielmehr um die Grundeinsicht der Voraussetzungen eines zeitgemäßen Dienstes der Priester, und zwar in der lateinamerikanischen Situation. Das impliziert fundamentale *ekkesiologische* und *pastoraltheologische* Fragen, wie sie in einer im Wandel begriffenen Welt zu stellen sind. Die soziale Seite des priesterlichen Engagements ist darin sicherlich nicht zu kurz gekommen. Sie ist ja bekanntlich in Lateinamerika grundlegend. Näheres über den Inhalt verlautete nur in der Form von Andeutungen: die Priester stellen darin fest, die Bischöfe seien nicht genügend auf ein echtes Verständnis der Probleme der Welt von heute vorbereitet; zu ca. 80% hätten sich die Priester für eine freie Wahl in der Zölibatsfrage geäußert. Die Errichtung eines „nationalen Priesterrates“, eine zeitliche Begrenzung hierarchischer Funktionen, die Erlaubnis zur gleich-

zeitigen Ausübung eines weltlichen Berufes in mehreren Fällen, eine ernsthaftere Einbeziehung der Laien in die Pastoral u. a. m. wird darin vorgeschlagen.

Bischof Tepe teilte der Presse mit, die Mehrzahl der Bischöfe habe das Dokument sehr ernst genommen. Insbesondere gelte dies für das Problem der *verheirateten Priester*. Im Dokument seien drei Antworten auf diese Frage erarbeitet worden: Nach der ersten könnten verheiratete Priester beispielsweise Dienste versehen, die zum sakramentalen und liturgischen Dienst parallel laufen. Der zweite Lösungsvorschlag sieht eine Gleichstellung der verheirateten Priester mit den Diakonen auf Lebenszeit vor. Die dritte Möglichkeit besteht in der vollständigen Integration der verheirateten Priester in den priesterlichen Dienst. Die Bischöfe seien bemüht — fügte Tepe hinzu —, „wirkliche pastorale und nicht nur rechtliche und disziplinäre Lösungen zu finden“.

Sozial orientierte Beratungen

Die heikel gewordene Frage der Beziehungen zwischen Kirche und Staat in der jetzigen Situation Brasiliens blieb nicht unberührt. Auch diesbezüglich sickerten aber nur fragmentarische Informationen durch. Im Vorbereitungsstadium zur Vollversammlung sei ein Dokument erarbeitet worden, das in seiner Schärfe den berühmten Text von Dom Padim über die Ideologie der ‚nationalen Sicherheit‘ (verstanden als Bündnis mit den USA) übertreffe (vgl. „Sedoc“, September 1968, S. 432—445). Nach einer nichtbestätigten Meldung (vgl. „Le Monde“, 2. 8. 69) ist dieses Dokument mit 135 gegen 60 Stimmen abgelehnt worden. Es habe sich aber im Grunde weniger um eine Ablehnung des Inhaltes gehandelt. Die Mehrheit habe sich positiv zum Inhalt geäußert, umstritten sei lediglich die Angemessenheit einer solchen Stellungnahme in der jetzigen Situation gewesen. „NC News Service“ wußte zu berichten: „Um einen Zusammenstoß zwischen den progressiven Bischöfen und der Regierung zu verhindern, hat der neue Apostolische Nuntius von Brasilien, Erzbischof U. Mozzoni, versprochen, er würde dem Papst, in einem Dossier, alle Zwangsmaßnahmen der Regierung gegen Priester und Laien vorlegen. Die Bischöfe, so bat er, sollten ihm

die Namen der Inhaftierten und Verfolgten mitteilen“.

Weiterhin verlautet, daß 65 Bischöfe in einem Schreiben an das Staatsoberhaupt eine „echte Agrarreform“ gefordert hätten, in dem sie sich gleichzeitig für die Rechte der verfolgten Bauern von Santa Fé engagierten. Die Verurteilung von drei weiteren Seminaristen zu sechs Mo-

natem Gefängnis in São Paulo, die Ausweisung der ausländischen Priester *F. Schrage* und *H. Talpe* (Kollegen des schon ausgewiesenen *P. Vauthier* in Osasco, São Paulo), ein Bombenanschlag auf die Residenz von Kardinal Rossi, der sich einige Tage vorher gegen die städtischen Guerilla-Anschläge geäußert hatte, wurden in den ersten Tagen nach der

Vollversammlung gemeldet. Der Erzbischof von Brasilia, *J. Newton de Almeida*, gab bekannt, man habe Papst Paul VI. zum Nationalen Eucharistischen Kongreß, der vom 27. bis 31. Mai 1970 in Brasilia stattfinden soll, eingeladen. Es bestehe gute Aussicht, daß der Papst diese zweite Einladung in ein lateinamerikanisches Land annehme.

Vorgänge und Entwicklungen

Aufwertung der Nuntien?

Das päpstliche Motuproprio („*Sollicitudo omnium Ecclesiarum*“) über die Stellung der Nuntien, über das wir im letzten Heft aus Raumgründen nur in Parenthese berichten konnten (vgl. S. 376), ist wie die Mehrzahl päpstlicher Dekrete der letzten Zeit von *einigem öffentlichen Interesse* auf ein widersprüchliches Echo und, soweit man feststellen kann, auf wenig spontanes Wohlwollen gestoßen. In kirchlichen Kommentaren hielt man sich noch weitgehend zurück oder wich ins Unverbindliche aus. Der (bisherige) Leiter des Katholischen Kommissariats in Bonn und jetzige Bischof von Münster, *H. Tenhumberg*, gab in einem KNA-Interview, nach dem „Besonderen, dem Neuen“ des Dokuments gefragt, wohl den allgemein verbreiteten Eindruck wieder, es handle sich vornehmlich um die Zusammenfassung und Neuformulierung des bisherigen Rechtszustandes, verwies auf die besonders starke Betonung der geistlichen Aufgaben der Nuntien, bekannte sich zur Nützlichkeit und Bedeutung des Instituts und gab zu verstehen, daß es nach der heutigen Praxis keine Gegensätze oder Überschneidungen zwischen der Funktion des Nuntius und dem Vertreter des Episkopats bei der Bundesregierung gebe.

Montinianische Lösung?

Aber schon die durchwegs romnahe „*La Croix*“ (26. 6. 69) erlegte sich Zurückhaltung auf, ließ ihr Bedauern über das Nicht-zum-Zuge-Kommen des Laienelements in der päpstlichen Diplomatie durchblicken (eine der bekannten Forderungen von Kardinal *Suenens*), meinte, die Bestimmungen des Dokuments seien „mehr theoretisch und ideal als wirklich neu“, und fügte hinzu, die wirklichen Änderungen würden wohl mehr vom Wandel der Mentalität abhängen. Die „*Informations catholiques internationales*“ (15. 7. 69) stellten wieder einmal einen „typisch montinianischen“ Zug fest: Wahrung des „traditionellen Systems auf der einen und Erneuerung auf der anderen Seite“, pastorale Umformung ohne Infragestellung der Institution selbst. Selbst das Madrider „ABC“ zeigte sich davon überzeugt, der Papst habe die Wünsche jener nicht erfüllt, die auf eine Begrenzung der Aufgaben der Nuntien im Sinne kirchlicher Dezentralisierung gedacht hatten. Diese Anspielung auf das *Suenens*-Interview nahm kaum wunder, war das Dokument ja bereits einen Monat nach Bekanntwerden der *Suenens*-schen Kritik erschienen und wurde von vielen als eine behende und unmittelbare Antwort darauf auf-

gefaßt; übrigens zu Unrecht, denn der Text war schon seit gut anderthalb Jahren im päpstlichen Staatssekretariat vorbereitet worden; durch die neuerwachte Kritik wurde sein Erscheinen höchstens beschleunigt. Das italienische „*Avvenire*“ (25. 6. 69) sah es freilich anders: Nun habe der Papst endgültig erklärt, was er an der Stellung der Nuntien zu ändern wünsche und was bleiben solle; alle Kritik sei damit vom Tisch.

Die römischen Kommentatoren in der großen Presse reagierten jedoch schärfer und meist unter anderem Vorzeichen. Hielt sich „*Le Monde*“ (25. 6. 69) mit einem Hinweis auf die pastorale Note des Dokuments zurück, die jedoch die Sorge um die Durchsetzung der päpstlichen Zentralgewalt kaum verberge, so waren andere expliziter. Man nahm sich besonders die Auswirkungen des Motuproprio auf die künftigen Beziehungen zwischen dem Papst und den Bischofskonferenzen vor. Man traf damit nicht nur den aktuellsten, sondern zweifellos auch *neuralgischsten* Punkt. Glaubte Bischof *Tenhumberg* noch eine starke Hervorhebung der Zuständigkeiten der Bischofskonferenzen nachweisen zu können, so sah die „*Frankfurter Allgemeine Zeitung*“ (5. 7. 69) ganz im Gegenteil das vom Zweiten Vatikanum „überwundene Kirchenbild eines zentralistisch in alle Einzelkirchen hineinregierenden universalen Primats“ durch die neuen Bestimmungen über die päpstliche Diplomatie noch gestärkt. Das durch die Betonung der kirchlichen Stellung der Nuntien gegenüber der rein diplomatischen sich so „pastoral“ verstehende Dokument stelle durch seine zentralistische Tendenz die Konzilstheologie geradezu auf den Kopf. Und *H. Helbling*, sonst eher wohlwollender päpstlicher Kommentator mit Sinn für Historie und durch seine konfessionelle Stellung mit innerkirchlichen Vorurteilen nicht belastet, ironisierte den Hinweis des Motuproprio, durch seine Legaten nehme der Papst am Leben seiner Söhne teil und würden ihm „leichter und sicherer ihre Bedürfnisse und ihre innersten Wünsche kundzarter könne man die Rolle von „Aufpassern“ gar nicht umschreiben.

Die bisherigen kanonischen Bestimmungen

Nun, was bestimmt das Motuproprio? Was bringt es Neues gegenüber der bisherigen Gesetzgebung? Sein Aussagewert kann nur an den bisherigen Bestimmungen und der von ihnen ermöglichten Praxis erklärt werden. Was galt bisher? Der CIC ist in Sachen Nuntien (allgemeiner